

Impressum:

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel.: (030) 23 25 22 22

Fax: (030) 23 25 22 29

spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de

www.spdfraktion-berlin.de

www.facebook.com/spdfraktionberlin

V.i.S.d.P.: Torsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer

Fotos: Ostkreuz – Agentur der Fotografen

Agentur: Schmitz&Wiesner

Druck: Druckerei Brandt, Berlin

18. Wahlperiode/Januar 2018

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Eine Stadt für alle

2017 – Ein gutes Jahr für Berlin







06

Vorwort



08

Gute Bildung
von Anfang an



14

Leben in einer
solidarischen Stadt



34

Sicher unterwegs in
der Metropole



38

Gesundheit und
Prävention



42

Mehr sozialer
Zusammenhalt

22

Starke Investitionen
in die Zukunft

26

Wachsende
Wirtschaft

30

Gute
Arbeit

46

Vielfältige
Kultur

50

Breites
Sportangebot

54

Die Abgeordneten
der SPD-Fraktion



„Mit unseren Schwerpunkten im Landeshaushalt wird die Stadt menschlicher.“

Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses

Eine Stadt für alle – Wir gestalten den Wandel

Unser Berlin wächst stetig weiter. Ob Ur-Berliner oder Neu-Berliner – sie alle wünschen sich, dass ihre Lieblingsstadt funktioniert. Die SPD-Fraktion stellt sich der Herausforderung, den Wandel erfolgreich zu gestalten. Wir setzen uns täglich mit ganzer Kraft dafür ein, dass unsere Stadt ein sicheres, sauberes und bezahlbares Zuhause für alle bleibt. Egal in welchem Kiez sie leben, ob in der Innenstadt oder den Außenbezirken.

Berlin bleibt ein Bundesland, in dem Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Und in dem Innovation, Vielfalt und Toleranz ihren Platz haben und spürbar gelebt werden. Durch unsere verantwortungsvolle Finanzpolitik sanieren wir mit Investitionen in Milliardenhöhe die Infrastruktur Berlins und bauen sie aus. Gleichzeitig übernehmen wir weiter soziale Verantwortung und stärken die Hilfesysteme, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

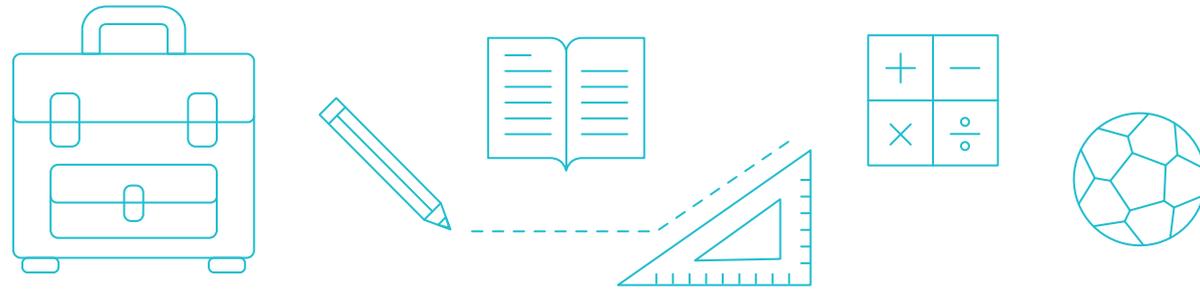
Im Doppelhaushalt 2018/19 haben wir die richtigen Schwerpunkte für unsere Stadt gesetzt. Fast eine halbe Milliarde Euro an zusätzlichen Mitteln fließt in die Bereiche soziale Infrastruktur und Armutsbekämpfung, Bildung, Gute Arbeit, Mobilität und Ökologie sowie Demokratie und Vielfalt. Denn von der guten Entwicklung Berlins sollen alle Bürgerinnen und Bürger profitieren.

2017 war ein gutes Jahr für Berlin. Auf den nächsten Seiten stellen wir die wichtigsten Entscheidungen und Projekte im ersten Jahr der neuen Wahlperiode vor.

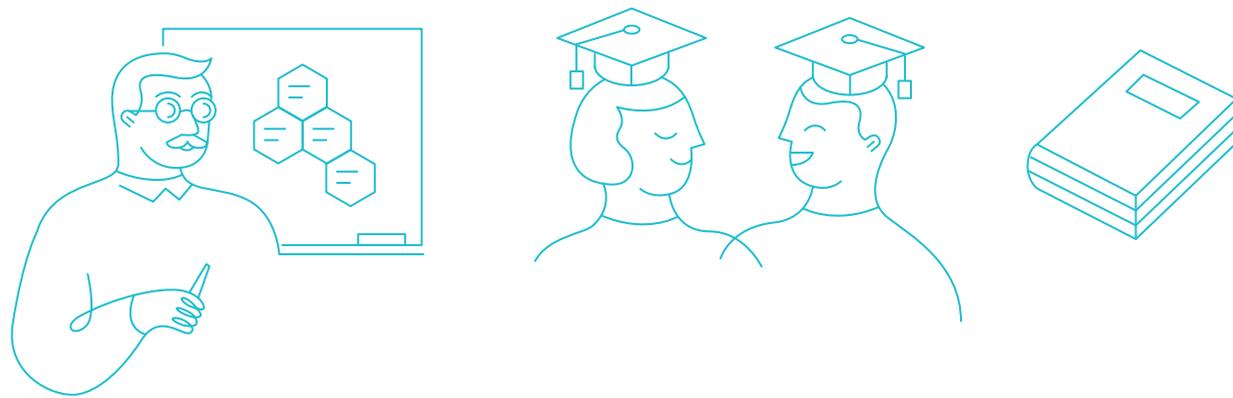


GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Wir setzen auf frühe Förderung und bestmögliche Bildung für alle Kinder. Damit ihr Erfolg nicht vom Einkommen der Eltern abhängt, ist Bildung in Berlin ab 2018 von der Krippe bis zur Uni kostenfrei. Alle Mädchen und Jungen müssen eine gute Zukunft haben!



- **30.000 neue Kitaplätze** sollen in dieser Legislatur geschaffen werden. Damit Berlin beim Ausbau weiter gut voranschreitet, wurden dafür über 100 Millionen Euro bereitgestellt – so viel wie nie zuvor.
- Wir haben für einen weiteren Jahrgang die Kita-Beiträge abgeschafft. Für die letzten fünf Jahre vor dem regulären Einschulungstermin müssen keine Beiträge mehr gezahlt werden. **Ab August 2018 ist der Kitabesuch für alle Mädchen und Jungen beitragsfrei.**
- Für **mehr Kita-Qualität** wird der Betreuungsschlüssel stufenweise abgesenkt. Die Arbeit der Kita-Leitungskräfte wird ebenfalls durch eine spürbare Verbesserung des Personalschlages unterstützt. Wir setzen uns außerdem für die berufsbegleitende Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ein.
- Ab 2019 werden auch die **Hortgebühren an den Grundschulen schrittweise abgeschafft**. Zudem soll die Bedarfsprüfung für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 und 2 wegfallen. Das heißt, dass auch Kinder nicht-berufstätiger Eltern ein Recht auf Nachmittagsbetreuung haben.
- Mit der **Berliner Schulbauoffensive** werden die Instandhaltung sowie der Umbau, die Erweiterung und der Neubau von Schulen forciert. In den nächsten 10 Jahren sind für Schulbauinvestitionen und -unterhaltung rund 5,5 Milliarden Euro vorgesehen. Wir haben zusätzlich 20 Millionen Euro für die Planung bereitgestellt.
- Über **3000 neue Lehrkräfte** wurden im Jahr 2017 eingestellt. Bei der besseren Bezahlung von Lehrkräften, die für die Grundschule ausgebildet wurden, nimmt Berlin bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Auch die Konrektorinnen und Konrektoren erhalten ab 2018 eine höhere Besoldung. Lehrkräfte an Brennpunktschulen werden entlastet.
- Zum Schuljahr 2018/19 soll die **Lernmittelfreiheit** an Grundschulen eingeführt und bis 2021 auf alle Schulen ausgeweitet werden. Eltern müssen dann nichts mehr für Schulbücher zahlen.
- Mit dem **Qualitätspaket Quereinstieg** werden Quereinsteigende besser qualifiziert und vorbereitet und erhalten mehr Unterstützung, bevor sie als Lehrkräfte alleine in Klassen unterrichten.
- Die **Schulsozialarbeit wird gestärkt und ausgebaut**. Dafür stellen wir 1,2 Millionen Euro bereit.
- Berlins Schülerzahlen steigen weiter. Schulen erhalten **zusätzliche Verwaltungsleitungen** zur Unterstützung organisatorischer Aufgaben und **zusätzliche Stellen in den Schulsekretariaten**. Für die **Wartung der IT** an Schulen fließen 5 Millionen Euro.
- Mit dem **Brennpunktschulprogramm** erhalten über 260 öffentliche Schulen und auch Schulen in privater Trägerschaft mit besonderen Belastungen zusätzliche Mittel, z.B. für Schulsozialarbeit, intensivere Elternarbeit und Lerntherapie. Das Programm wird auf Kollegs des 2. Bildungswegs ausgeweitet.
- Die **Gemeinschaftsschule wird nach der Pilotphase** zum Schuljahr 2018/19 als **Regelschulart** in das Schulgesetz aufgenommen. Das längere gemeinsame Lernen unterstützt unser Ziel, mehr Chancengleichheit und optimale Förderung aller zu erreichen.



- Mit verschiedenen Projekten unterstützen wir einen besseren **Übergang von der Schule in den Beruf** z.B. an Brennpunktschulen und für junge Geflüchtete. Auch an Gymnasien müssen künftig Maßnahmen zur Berufs- und Studienorientierung angeboten werden.
- Die **queere Bildungsarbeit** in den Schulen soll weiter gestärkt werden und Jugendliche mit Fragen zum Thema LSBTIQ individuelle Unterstützung bei einem Queer-Jugendzentrum finden.
- Wir finanzieren **außerschulische Lernorte** wie Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und Gartenarbeitsschulen mit rund 2 Millionen Euro zusätzlich. Weitere Mittel fließen in die Sprachbildung und die Umweltbildung.
- Die Berliner **Musikschulen** erhalten für ihre wichtige Arbeit in den Bezirken 1,2 Millionen Euro zusätzlich. Damit soll der Anteil festangestellter Kräfte erhöht werden. Die Bezahlung der **Dozentinnen und Dozenten an Volkshochschulen** wird dem Bundesniveau angeglichen.
- Für die **Sanierung von Spielplätzen** haben wir weitere 12 Millionen Euro bereitgestellt.
- Wir verstärken die **Prävention von Kinder- und Familienarmut**, die **Familienzentren** und die **Ombudsstelle Jugendhilfe**, an die man sich wenden kann, wenn es Konflikte mit dem Jugendamt oder einer Einrichtung gibt.

5,5 Milliarden Euro für
Schulsanierung und -bau
12 Millionen Euro mehr für
Spielplatzsanierung
0 Euro kostet der Kitabesuch
ab August 2018

- Mit dem Erfolgsmodell **Berliner Hochschulverträge** erhalten die 4 staatlichen Universitäten, 4 Fachhochschulen und 3 künstlerischen Hochschulen künftig eine noch längere Planungssicherheit. Ihre finanzielle Ausstattung wird insgesamt um fast 650 Millionen Euro erhöht. Für den umfangreichen Ausbau der Lehrkräftebildung werden den Universitäten über die Verträge zusätzlich 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.
- Um die **Gleichstellung an den Hochschulen** weiter auszubauen und die Rechte von Frauen zu stärken, erhält die Landeskongress der Frauenbeauftragten eine Geschäftsstelle. Die Arbeitsgrundlage der Arbeitsgemeinschaft Frauen- und Geschlechterforschungen Berliner Hochschulen wurde ebenfalls verbessert.
- Wir haben die Fördersumme für das **Institut für angewandte Forschung** um 450.000 Euro jährlich angehoben, um die Vernetzung zwischen Berliner Fachhochschulen und zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken.





LEBEN IN EINER SOLIDARISCHEN STADT

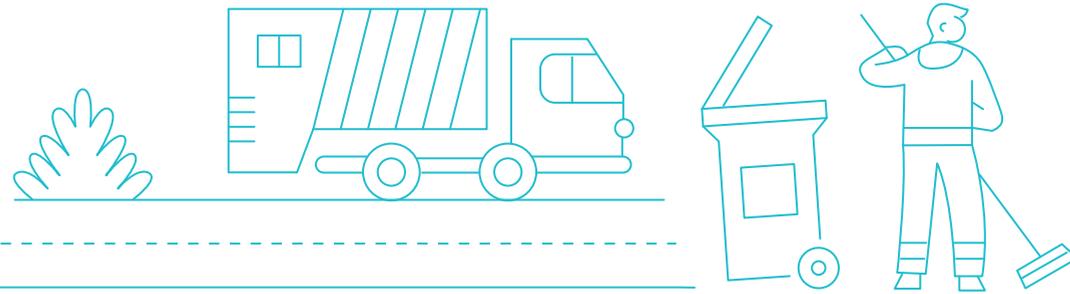
Viele Menschen in Berlin sind darauf angewiesen, dass ihre Mieten bezahlbar bleiben. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen kämpfen wir gegen Preistreiberei und Verdrängung und fördern den Wohnungsneubau. Damit unsere Stadt ein Zuhause für alle bleibt.



- Für eine **sozialgerechte Entwicklung der Sozialmieten** im Bestand arbeiten wir an einer umfassenden Reform. Ziel ist, für große Teile des Wohnungsbestandes das bisher preistreibende Kostenmietrecht durch eine soziale, einkommensorientierte Richtsatzmiete zu ersetzen.
- Wir haben bereits die **Unwirksamkeit rückwirkender Mieterhöhungen** und die **Umstellung der Berechnungsgrundlage für den Mietzuschuss** von Nettokaltmiete auf Bruttowarmmiete beschlossen. Für 2018 werden wir das bisherige Mietkonzept fortsetzen. So werden Mieterhöhungen vermieden, die durch den regelmäßigen Förderabbau entstehen würden.
- Mit der Neufassung der Ausführungsvorschrift Wohnen haben wir die **Richtsätze für Mietzuschüsse angepasst**. Davon profitieren 86.000 Bedarfsgemeinschaften, darunter viele Familien und Alleinerziehende mit Kindern. Für den Erhalt der sozialen Mischung in den Berliner Kiezen gibt es jetzt zudem einen Umzugs-Vermeidungs-Zuschlag.
- In allen Berliner Bezirken werden **offene und gebührenfreie Mieterberatungen** eingerichtet. Einkommensschwache Haushalte sollen durch Kooperationsverträge mit Mieterverbänden einen kostenlosen Rechtsschutz bekommen, um sich notfalls auch gerichtlich gegen unberechtigte Mieterhöhungen wehren zu können.
- Die Maßnahmen für eine **Soziale Stadt** einschließlich des Quartiersmanagements werden fortgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Personalmittel in den Bezirken für die Umsetzung der Rahmenstrategie ab 2018 erhöht werden.
- Der **Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen** gilt in Berlin weiterhin für 10 Jahre. Hier haben wir den bundesrechtlichen Rahmen maximal ausgeschöpft.
- Der qualifizierte **Berliner Mietspiegel** hat sich auch 2017 bewährt. Er stellt ein rechtssicheres Instrument zur Feststellung der ortsüblichen Vergleichsmiete in Berlin dar und soll weiter alle zwei Jahre fortgeschrieben werden.
- Auch mit **Bundesratsinitiativen** kämpfen wir für eine weitere Mietenbegrenzung und Verbesserung des Mieterschutzes. Dazu gehören eine Nachbesserung der Mietpreisbremse mit einer Informationspflicht für Vermieter, eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in 5 Jahren, die Begrenzung der Modernisierungumlage auf maximal 6 Prozent pro Jahr und die Berücksichtigung von Bestandsmieten der letzten 10 Jahre im Mietspiegel.
- Wir haben die politischen Rahmenbedingungen für eine **Weiterentwicklung der landeseigenen Wohnungsunternehmen** geschaffen. Diese sollen ihren Wohnungsbestand bis zum Jahr 2025 auf insgesamt rund 400.000 Wohnungen erhöhen. Wir haben zudem Kooperationsvereinbarungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen geschlossen, unter anderem maximal 2 Prozent pro Jahr bei Bestandsmietverträgen, Begrenzung der Modernisierungumlage auf maximal 6 Prozent pro Jahr, Begrenzung der Mietbelastung bei 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Mit einer Schlichtungsstelle sollen Konflikte zwischen Vermieter und Mietern bei Modernisierungsmaßnahmen besser gelöst werden.
- Die **Wohnungsbauprämie für die Bezirke** ist von uns auf 7,5 Millionen Euro jährlich erhöht worden. So wird eine schnellere Bearbeitung von Wohnungsbauanträgen ermöglicht. Auch die **Förderung der Genossenschaften** wurde um 10 Millionen Euro verstärkt, so dass bestehende und neu gegründete Genossenschaften unterstützt werden.
- Als umfassende wohnungspolitische Leitlinie wird der **Stadtentwicklungsplan Wohnen** überarbeitet. Wir haben bereits Konzepte und Strategien für den dringend benötigten Wohnungsneubau aufgestellt sowie die Finanzierung für eine Wohnungsneubauförderung gewährleistet.
- Im Kampf gegen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern haben wir die Anzahl der **Milieuschutz- bzw. Erhaltungsgebiete** in Berlin stark ausgeweitet.



- Mit unserer **Neuaustrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik** setzen wir bei der Vergabe von Grundstücken weiterhin auf sozial gerechte und wirtschaftlich vernünftige Stadtentwicklung. Unsere parlamentarische Initiative zum Umgang mit Bundesimmobilien, die ebenfalls eine Abkehr vom Höchstpreisverfahren vorsieht und den Kommunen ein Vorkaufsrecht einräumt, wird dem Bundestag vorgelegt.
- Die **Bürgerbeteiligung** an Planungsprozessen wird gestärkt und die „Online-Partizipation“ ausgebaut.
- Kleingärten haben eine wichtige sozial-, stadt- und umweltpolitische Bedeutung. Im Sinne einer größtmöglichen Sicherung des Kleingartenbestandes werden wir den **Kleingartenentwicklungsplan** fortschreiben.
- Die **Verkehrsinfrastruktur** wird saniert und in Teilen ergänzt. Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Straßen- und Brückeninstandhaltung haben wir den Senat bereits aufgefordert, ein Erhaltungsmanagementsystem einzurichten.
- Es wird ein **integriertes Mobilitätsgesetz** erarbeitet, welches die verschiedenen Verkehrsarten und -träger umfasst und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Mobilitätsentwicklung vorgibt.
- Der **Radverkehr** wird in einer bislang nicht dagewesenen Größenordnung gefördert und der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur massiv vorangetrieben. Hierfür haben wir die notwendigen finanziellen und personellen Mittel in den Verwaltungen bereitgestellt.
- Mit einem Sofortprogramm soll die **Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern** an unfallträchtigen Überwegen und Kreuzungen gefördert sowie mehr Barrierefreiheit im Straßenraum erreicht werden. Wir fördern in noch höherem Maße die **Jugendverkehrsschulen**.
- Der **Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)** bildet das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur in Berlin. Einen Schwerpunkt bildet der Ausbau des Straßenbahnnetzes. Für mehrere Linien werden noch in dieser Wahlperiode die Baumaßnahmen beginnen, für weitere Linienabschnitte, die mittelfristig realisiert werden sollen, laufen derzeit die Vorplanungen. Wir verdichten den Takt auf diversen Strecken, und es werden neue Fahrzeuge bei Bahn, Tram und Bus eingesetzt.
- Wir wollen die **Schienenverbindungen zwischen Berlin und dem Umland**, unter anderem auch zur Verbesserung der Verkehrsbedingungen **für die Pendlerinnen und Pendler, ausbauen**. Hierzu haben wir mit dem Land Brandenburg und der Deutschen Bahn eine Rahmenvereinbarung „i2030“ abgeschlossen.
- Wir wollen ein **neues Tarifsystem im ÖPNV**, das einfacher, moderner, transparenter und möglichst kostengünstiger ist und setzen dafür eine eigene Arbeitsgruppe ein. Den Preis für das **Sozialticket** haben wir bereits deutlich gesenkt.



- Der Senat hat den Vertrag für **öffentliche Toiletten** neu ausgeschrieben. Wir wollen, dass es deutlich mehr stille Örtchen gibt, die gleichmäßiger über das ganze Stadtgebiet verteilt sind, und werden einen reibungslosen Übergang sicherstellen. Um dies zu ermöglichen, haben wir in den Haushaltsberatungen die Mittel auf rund 12 Millionen Euro deutlich erhöht.
- Die Berlinerinnen und Berliner wollen in sauberen Kiezen leben. Deshalb sagen wir mit unserem **Aktionsprogramm „Sauberes Berlin“** dem Müll den Kampf an und stellen dafür 8,4 Millionen Euro pro Jahr bereit. Dazu gehören eine bessere Reinigung von Straßen, Plätzen und Parks, innovative, kostenlose Sperrmüllabholungen, mehr Kontrollen und höhere Bußgelder sowie eine verstärkte Abfallberatung.

- Dem Leitbild **„Zero Waste“** folgend ist in Berlin zusammen mit Handels- und Umweltverbänden ein **Mehrwegbechersystem** eingeführt worden. In vielen Bäckereien, Cafés und Tankstellen gibt es jetzt einen Rabatt für die Kundinnen und Kunden beim Kauf eines Coffee to go, wenn sie einen Mehrwegbecher befüllen lassen. Ziel ist die Wandlung der Berliner Abfallwirtschaft zu einer modernen Kreislaufwirtschaft, also die Vermeidung von Müll, die Reparatur und Wiederverwendung von Funktionsfähigem, die Wiederverwertung von Wertstoffen und die Verringerung der Restmüllmengen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich Berlin an der Initiative **„Blue Community“** beteiligt, die u.a. die Anerkennung von Wasser als Menschenrecht und seinen Erhalt als öffentliches Gut vorsieht. Wir verpflichten uns damit auch, die Qualität des Berliner Trinkwassers zu schützen und mehr Trinkwasserbrunnen aufzustellen für eine kostenlose und umweltfreundliche Erfrischung in den Straßen.

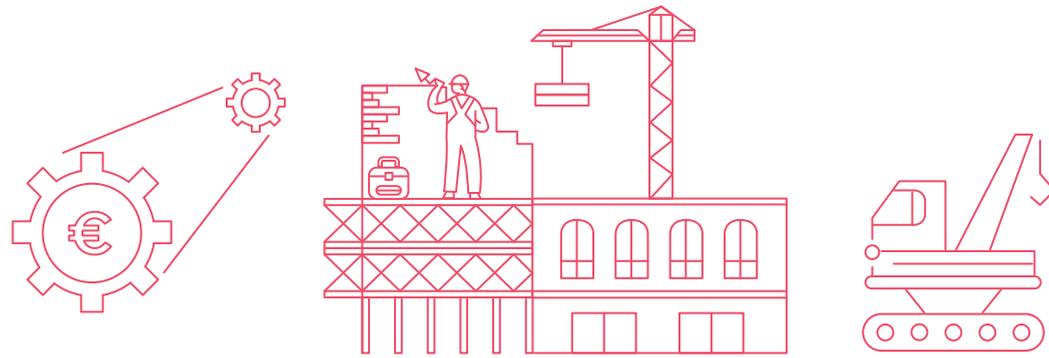
400.000 landeseigene Wohnungen bis 2025
7,5 Millionen Euro Wohnungsbauprämie für die Bezirke
86.000 Bedarfsgemeinschaften profitieren von den neuen Mietzuschuss-Richtsätzen

- Für eine **bessere Luftqualität** wird derzeit der Luftreinhalteplan fortgeschrieben. Zudem befassen wir uns mit der Überarbeitung des **Lärminderungsplans** für Berlin, der über das Jahr 2018 hinaus Geltung haben soll.
- Mit einem **Lärmschutzfonds** in Höhe von einer Million Euro unterstützen wir Berliner Clubs bei der Umsetzung von Lärmschutzaufgaben.
- Mit der Fortsetzung der **Stadtbaumkampagne** und einem extra **Wiederaufforstungsprogramm nach Stürmen** sorgen wir dafür, dass Berlin grün bleibt.
- Wir schaffen gerade eine „Berliner Regenwasseragentur“ bei den Berliner Wasserbetrieben unter Einbeziehung verschiedener Akteure und engagierter Bürgerinnen und Bürger. Sie soll Berlin bei der Erstellung und Umsetzung eines **Berliner Regenwasserkonzeptes** und der Realisierung eines **1000-Grüne-Dächer-Programms** unterstützen.
- Wir verbessern die koordinierte **Bekämpfung der eingewanderten Ambrosia-Pflanze** und haben dafür jährlich 150.000 Euro im Haushalt bereitgestellt.
- Die monatlichen Zahlungen an junge Menschen, die ein **Freiwilliges Ökologisches Jahr** absolvieren, haben wir deutlich erhöht von von 355 auf 480 Euro pro Monat.
- Mit dem **Projekt Flussbad Berlin** soll künftig das Baden in der Spree zwischen Fischerinsel und Bode-Museum möglich sein. Dazu ist ein fraktionsübergreifender Antrag im Parlament beschlossen worden.



STARKE INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Das Wachstum Berlins eröffnet nach der Zeit des harten Sparens neuen Gestaltungsspielraum. Mit unserer verantwortungsvollen Haushaltspolitik bauen wir Schulden ab und investieren in Milliardenhöhe in die Infrastruktur der Stadt.



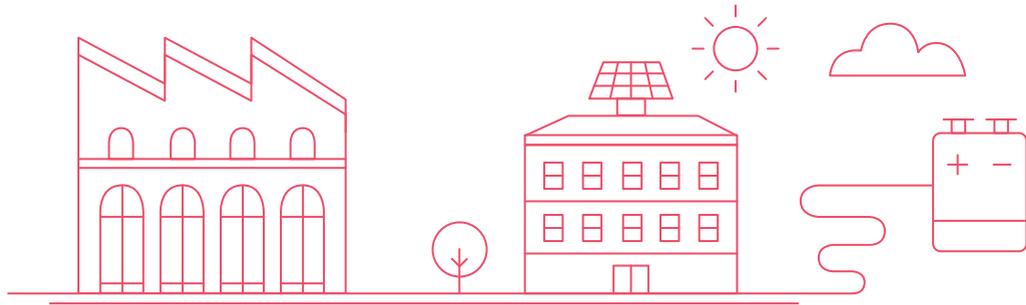
4,5 Milliarden Euro für Investitionen
 5300 neue Stellen für eine funktionierende Verwaltung
 über 9 Milliarden Euro für die Berliner Bezirke

- Der Landeshaushalt 2018/2019 sieht insgesamt **4,5 Milliarden Euro für Investitionen** vor. Mit diesem Geld sollen dringende Bedürfnisse der Stadt in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Sauberkeit und Umwelt erfüllt werden.
- Die Fraktionen von Rot-Rot-Grün haben **zusätzlich mehr als 460 Millionen Euro** für soziale Infrastruktur und Armutsbekämpfung, Bildung, Gute Arbeit, Mobilität und Nachhaltigkeit sowie für Demokratie und Vielfalt bereitgestellt.
- Wir haben die **Berliner Bezirke stark aufgestellt**. Sie erhalten 2018/19 insgesamt mehr als 9 Milliarden Euro, das bedeutet insbesondere mehr Geld für benötigtes Personal in der Verwaltung vor Ort und Investitionen in saubere und lebenswerte Kieze.
- Das Land Berlin hat 2017 zum 6. Mal in Folge einen **positiven Haushaltsabschluss** erzielt und rund 900 Millionen Euro Schulden getilgt.
- Mit dem 2014 eingeführten „Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA) konnten wir die Investitionsquote im Land Berlin seither deutlich erhöhen. Das SIWA wurde 2017 um ein Nachhaltigkeitsfonds ergänzt und heißt seitdem SIWANA. Über den **Investitionstopf SIWANA stehen derzeit Mittel in Höhe von 1,85 Milliarden Euro zur Verfügung**. Vorrangig wird in den Erhalt und die Ertüchtigung von Schulgebäuden, in den Ausbau von Kitaplätzen, in die Instandhaltung von Krankenhäusern bei Charité und Vivantes, in die bessere Ausrüstung von Polizei und Feuerwehr sowie in den Kauf von modernen Fahrzeugen bei der BVG investiert. Neu ist seit 2017, dass im SIWANA-Nachhaltigkeitsfonds mit einem Prozent des jährlichen Haushaltsvolumens vorgesorgt wird.
- Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst werden **rund 5300 neue Stellen** geschaffen. Zum Beispiel bei Polizei, Feuerwehr, Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes und der Bezirke.
- Wir haben erreicht, dass die **neue Liegenschaftspolitik** auf langfristige Erbpachtverträge für Vereine, Kitas, gemeinnützige Einrichtungen und soziokulturelle Träger setzt und somit deren Engagement auf landeseigenen Flächen sichert. Den städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben wir mehrfach landeseigene Grundstücke kostenfrei übertragen, damit darauf bezahlbare Wohnungen entstehen. Außerdem erwirbt das Land zunehmend Grundstücke und Flächen per Vorkaufsrecht selbst, um so Spekulation vorzubeugen und Wohnraum zu erhalten.
- **Leistungsfähige öffentliche Unternehmen** sind eine wichtige Stütze für die Daseinsvorsorge in Berlin. Betriebe wie BSR, BVG, Wasserbetriebe, Charité und Vivantes erbringen täglich ihren Beitrag für eine bessere und funktionierende Stadt. Mit einem erwirtschafteten Jahresumsatz von mehr als 7 Milliarden Euro und einem erzielten Überschuss von 706 Millionen Euro in 2016 kann sich die positive Bilanz der Berliner Landesunternehmen sehen lassen.
- Mit uns gibt es **keine Privatisierung von Landesunternehmen**. Wir verbessern fortlaufend das Management und Controlling und investieren so in Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der Berliner Landesbeteiligungen.
- Wir haben den Steuersatz für die **Zweitwohnungssteuer** von 5 auf 15 Prozent ab dem Jahr 2019 erhöht. Wir wollen, dass möglichst viele Menschen, die hier leben und gerne die öffentlichen Angebote nutzen, zu Berlinerinnen und Berlinern werden und damit auch eine solide Finanzlage Berlins unterstützen.



WACHSENDE WIRTSCHAFT

Berlin ist für Unternehmen ein attraktiver Wirtschafts- und Ansiedlungsort. Unsere Stadt liegt beim Wirtschaftswachstum vorn und bietet beste Bedingungen. Wir setzen weiter Schwerpunkte für ein sozial gerechtes und nachhaltiges Wachstum.



- Die Mittel für den **Masterplan Industrie** wurden für die Jahre 2018 und 2019 aufgestockt. Mit dem Masterplan wollen wir Arbeitsplätze in diesem Bereich sichern, beispielsweise indem wir die Rahmenbedingungen für die Industrie in den Bereichen Fachkräftebedarf, Liegenschaftspolitik, Technologietransfer und Digitalisierung weiter verbessern.
- Die **Digitalisierung der Berliner Industrie** unterstützen wir mit der Schaffung einer Digitalagentur und der Teilfinanzierung der beiden digitalen Hubs Industrie 4.0 und Internet of Things.
- Der Tourismus ist als Wirtschaftsfaktor Berlins unverzichtbar. Das **Tourismuskonzept** wird für stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus fortentwickelt. Sehenswürdigkeiten auch in Randlagen werden stärker beworben, eine Entlastungswirkung für stark frequentierte Innenstadtlagen wird angestrebt. Der Runde Tisch Tourismus beim Regierenden Bürgermeister hat sich bewährt. Er bleibt erhalten und wird für die Stadtgesellschaft geöffnet.
- Die 10 Berliner **Zukunftsorte** mit ihren attraktiven Flächen für technologie- und wissensorientierte Unternehmen erhalten eine zentrale Koordinierungsstelle.
- Im Haushalt wurde die **finanzielle Ausstattung der Messe Berlin** durch eine weitere Kapitalerhöhung zukunftssicher abgesichert. Damit wurden die Rahmenbedingungen für den Messe- und Kongressstandort Berlin weiter verbessert.
- Wir haben den Aufbau des **Eine-Welt-Zentrums Global Village** als gemeinsames Dach und Forum für die developmentpolitischen Einrichtungen in Berlin über den Haushalt ausfinanziert und unterstützen die Realisierung. Alle developmentpolitischen Initiativen sollen sich in diesem Zentrum konzentrieren.
- Der **Unternehmerintag** wird für die Zukunft ausfinanziert und mit weiteren Haushaltsmitteln aufgestockt, um eine breitere Ausstrahlung zu ermöglichen.
- Berlin ist Teil der **Kampagne „Fairtrade Town“** mit dem Ziel, Konsum nachhaltiger zu gestalten. Neben Senat, Abgeordnetenhaus und landeseigenen Betrieben sollen Schulen, Vereine, Glaubensgemeinschaften, Geschäfte und Gastronomie als Akteure gewonnen werden.

22 Millionen Euro für die Energiewende
500.000 Euro jährlich mehr für das Projekt Bürgerenergie
100 Prozent kommunales Unternehmen Berliner Stadtwerke

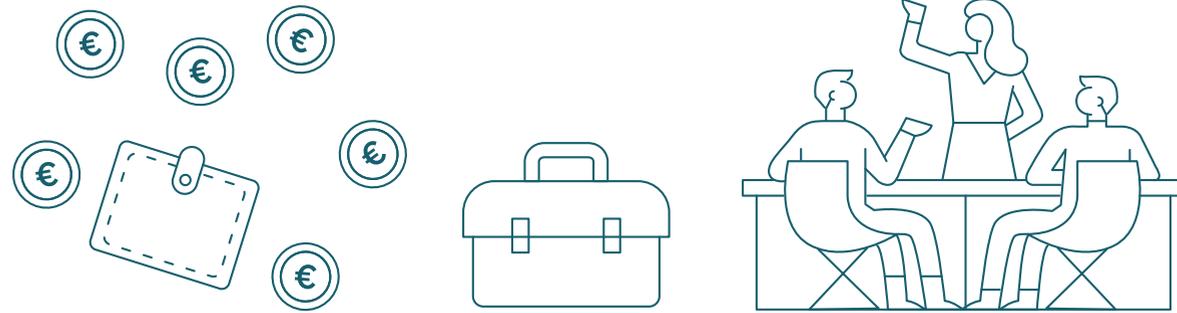
Neue Energie für Berlin

- Die **Berliner Stadtwerke** bieten als 100 Prozent kommunales Unternehmen umweltfreundlichen und bezahlbaren Öko-Strom, Gas und Wärme für alle. Sie werden zu einem erfolgreichen Akteur des Landes für das Gelingen der Energiewende unter Beachtung der Klima- und Umweltschutzvorgaben mit sozialverträglich ganzheitlicher Verantwortung weiterentwickelt. Durch die Gesetzesänderung wird der Handel mit Strom ermöglicht, so dass alle Berlinerinnen und Berliner Kunden der Stadtwerke werden können. Im Beirat werden Expertinnen und Experten aus der Berliner Stadtgesellschaft vertreten sein.
- **Erfolgreiche Energiewende beschlossen und ausfinanziert:** Mit der Änderung des Berliner Energiewendegesetzes und dem Beschluss des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms haben wir die richtigen Weichen für die Absicherung der Berliner Energieversorgung gestellt. Für die Umsetzung stehen in den Jahren von 2018-2021 jeweils 22 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich gibt es Investitionsmittel in Höhe von 6 Millionen Euro aus dem SIWANA-Topf. Fördermittel des Bundes und der EU kommen hinzu.
- **Energiewende im Bereich Mobilität sichergestellt:** Die Projektmittel der Mobilitätswende zur Förderung von Ladeinfrastruktur in Betriebshöfen, Netzintegration, IKT, Mobilitätskonzepte, umweltfreundlicher batterieelektrischer und unmotorisierter Fahrzeuge wurden um rund 3 Millionen Euro auf nunmehr rund 4,5 Millionen Euro weiter aufgestockt.
- Wir haben 2017 die **Energieerzeugung aus der Braunkohle beendet**, die aus der Steinkohle soll bis spätestens 2030 enden. Wir sorgen dabei für Versorgungssicherheit, die maßgeblich für die Berliner Wirtschaftsentwicklung ist und bleibt. Zudem wird darauf geachtet, dass die Beschäftigten und die betroffene Region eine langfristige Umstiegsperspektive erhalten, damit der Wandel sozialverträglich gestaltet wird.
- Der Haushaltsansatz wurde für das **Projekt Bürgerenergie** für die Jahre 2018 und 2019 um jeweils 500.000 Euro erhöht.



GUTE ARBEIT

Unsere Stadt entwickelt sich seit Jahren hervorragend und stets besser als der Bundesdurchschnitt. Der Personalbedarf von Unternehmen ist weiter hoch und die Zahl der arbeitslosen Menschen sinkt kontinuierlich. Wir kämpfen für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung.



- Berlin liegt beim **Jobwachstum** weiter vorn. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist bis September 2017 innerhalb eines Jahres um rund 55.000 gestiegen. Wir liegen damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt.
- Wir haben den Berliner **Mindestlohn** auf 9 Euro pro Stunde angehoben. Das Mindestentgelt gilt für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbetriebe und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und der Verwaltung. Auch im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz haben wir den Mindestlohn festgeschrieben. Firmen, die öffentliche Aufträge vom Land Berlin bekommen, müssen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mindestens 9 Euro pro Stunde bezahlen. Damit kommen Unternehmen mit Dumpinglöhnen bei öffentlichen Aufträgen nicht mehr zum Zuge. Nur faire Unternehmen können sich an Ausschreibungen beteiligen. Dies sichert Arbeitsplätze in regionalen kleinen und mittleren Unternehmen.
- Bei der Besetzung von **Frauen in Führungspositionen** verzeichnen wir bei den Landesunternehmen Erfolge. Frauen üben die Mehrheit der Aufsichtsratsmandate aus, bei den Geschäftsleitungspositionen beträgt der Frauenanteil 37 Prozent. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Besetzung aller Führungspositionen.
- Wir bekämpfen weiter entschieden Langzeitarbeitslosigkeit und haben für das **Jobcoaching** in beiden Haushaltsjahren jeweils über 2 Millionen Euro mehr veranschlagt. Langzeitarbeitslose, die an einer Beschäftigungsmaßnahme teilnehmen, konnten in den vergangenen Jahren durch dieses Betreuungsmodell doppelt so häufig in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.
- Die **Jugendberufsagentur** erhält zusätzliche Mittel, um ihre guten Angebote in der Öffentlichkeit noch stärker bekannt zu machen.

- Wir haben durchgesetzt, dass endlich die **sachgrundlosen Befristungen für Landesangestellte beendet** werden. Gleiches gilt in Zukunft für landeseigene Unternehmen und deren Töchter. Uns ist wichtig, dass Angestellte in ihrem unmittelbaren Verantwortungsbereich in gesicherten, verlässlichen und sozialen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.
- Wir haben in den letzten Jahren **weitreichende Verbesserungen bei der Bezahlung des Berliner Landespersonals** erstritten. Seit Ende 2017 werden wieder alle Berliner Angestellten zu 100 Prozent gleich wie Angestellte anderer Bundesländer gemäß der Tarifgemeinschaft der Länder bezahlt. Für die Berliner Beamtinnen und Beamten wird 2021 der Besoldungsdurchschnitt der Länder erreicht sein. Die Fraktionen von Rot-Rot-Grün haben dieses Ziel mit den aktuellen Entscheidungen im Haushalt 2018/19 zum Vorziehen des Besoldungsanpassungstermins auf Juni 2018 bzw. April 2019 und zur ersatzlosen Abschaffung der Selbstbeteiligung bei der Beihilfe (Kostendämpfungspauschale) im Jahr 2018 nochmals beschleunigt.

9 Euro pro Stunde beträgt der Berliner Mindestlohn

über **2** Millionen Euro jährlich mehr für Jobcoaching

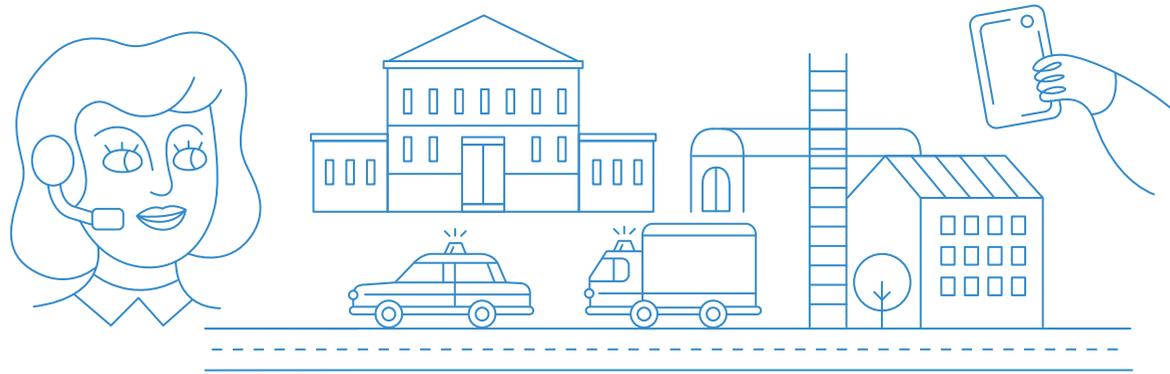
51 Prozent weibliche Aufsichtsratsmandate bei den Berliner Landesunternehmen

- Mit der Beteiligung an der einzigen **Transfergesellschaft für Air Berlin-Beschäftigte** ist die Hauptstadt bundesweit Vorbild. Die CSU- bzw. CDU-geführten Regierungen von Bayern, NRW und Bund haben dies abgelehnt. Das Land Berlin will ehemaligen Beschäftigten der Fluggesellschaft zudem offene Stellen in der Verwaltung anbieten.
- Mit dem **Runden Tisch Sexarbeit** soll ein fester Rahmen für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Branche gesetzt werden, in klarer Abgrenzung zu sexueller Ausbeutung und Nötigung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise.



SICHER UNTERWEGS IN DER METROPOLE

In der Hauptstadt für Sicherheit und Schutz zu sorgen, bleibt stetige Aufgabe. Wir stärken unsere Einsatzkräfte und Strafverfolgungsbehörden. Und gehen weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursachen vor.



über **800** neue Stellen bei der
Polizei
über **30** Millionen Euro für Schutz-
ausrüstungen und neue Waffen
1 Million Euro jährlich für die
Gewaltschutzambulanz

- Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 stellen wir Haushaltsmittel für über **800 neue Stellen bei der Polizei** und über **350 Stellen bei der Feuerwehr** bereit. Außerdem wurden bei der Polizei die **Ausbildungskapazitäten aufgestockt** und der **Beförderungsstau wird abgebaut**.
- Das **Landeskriminalamt** kann dringend notwendige Expertinnen und Experten in den Bereichen Technik, Chemie und Informatik einstellen. Die **Staatsanwaltschaft**, die **Gerichte** und der **Justizvollzug** mit sozialem Dienst und der **Verbraucherschutz** erhalten ebenfalls zusätzliche Stellen.
- Die Berliner Polizei erhält eine verbesserte Ausstattung. Dazu gehören **neue Waffen und Schutzausrüstungen**, die für mehr als 30 Millionen Euro bestellt wurden und 2018 ausgeliefert werden. Für Funkwagen werden 1000 Tablets angeschafft. Wir investieren außerdem in Einsatztrainingszentren und Schießbahnen.
- Wir stärken den Verfassungsschutz mit 10 zusätzlichen Stellen vor allem für die **Bekämpfung von Extremismus und islamistischem Terrorismus**.
- Mit der neuen **Polizeiwache auf dem Alexanderplatz** gibt es eine zentrale Anlaufstelle für alle Berlinerinnen und Berliner sowie Touristinnen und Touristen. Dort sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes und Einsatzkräfte der Landes- und Bundespolizei rund um die Uhr erreichbar. Die Maßnahme ist Teil der erhöhten Polizeipräsenz an kriminalitätsbelasteten Orten.
- Bei der Justizverwaltung wird eine **zentrale Anlaufstelle für Opfer von Terroranschlägen** eingerichtet. Ebenfalls bei der Justizverwaltung gibt es einen **Opferbeauftragten** des Landes Berlin, der Ansprechpartner für die Opfer von Gewalttaten ist. Wir wollen Opfern von Gewalt- und Terroranschlägen schnelle und unbürokratische Hilfe anbieten.
- Zur Würdigung des **Ehrenamtes bei der Freiwilligen Feuerwehr** und für die Nachwuchsgewinnung stellen wir jährlich 100.000 Euro bereit.
- Mit den Mitteln für bis zu **20 neue Blitzer** werden Unfallschwerpunkte im Berliner Stadtgebiet entschärft.
- Mit dem Projekt **Moderne Justiz** verbessern wir die Resozialisierung von Strafgefangenen und investieren in die Ausstattung von Gerichten und Strafverfolgungsbehörden.
- Mit 42 Millionen Euro wollen wir den **digitalen Rechtsverkehr** in Berlin ausbauen. Zudem werden wir im Amtsgericht Mitte und Amtsgericht Lichtenberg als Pilotprojekt je einen digitalen Gerichtssaal mit WLAN, Beamer und Dokumentenscanner einrichten. Auch stellen wir für ergonomische Begleitmaßnahmen Mittel zur Verfügung.
- Die Arbeit der **Gewaltschutzambulanz** der Charité hat sich bewährt. Ihr Angebot wird zeitlich ausgeweitet und wir finanzieren sie künftig mit einer Million Euro pro Jahr. Sie bietet eine vertrauliche Spurensicherung bei Gewalttaten und für Opfer sexualisierter Gewalt. Verletzungen werden rechtsmedizinisch und damit gerichtsfest dokumentiert und konkrete Hilfsangebote unterbreitet.
- Die **Landesantidiskriminierungsstelle** wird mit fünf Personalstellen und zusätzlichen Sachmitteln gestärkt und fit für die wachsenden Anforderungen gemacht.
- Wir haben das **Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus** mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von rund 750.000 Euro im Doppelhaushalt aufgestockt. Wir bauen insbesondere die pädagogische Arbeit gegen Rassismus an Schulen aus und stärken Recherche und Dokumentation.
- Der Berliner **Vertrauensanwalt zur Korruptionsbekämpfung** ist Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürgern und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei einem vermuteten Fehlverhalten von Bediensteten in Landesbehörden sowie Unternehmen und Einrichtungen, in denen das Land im Aufsichtsrat vertreten ist, kann er aktiv werden und Maßnahmen einleiten.
- Das **Tierheim Berlin** erhält wegen seiner gesamtstädtischen wichtigen Aufgabe 300.000 Euro aus dem Landeshaushalt. Berlin hat zudem seit Juni 2017 eine **hauptamtliche Tierschutzbeauftragte**. Sie ist Ansprechpartnerin für Tierschutzorganisationen und Bürgerinnen und Bürger.



GESUNDHEIT UND PRÄVENTION

Die medizinische Versorgung in Berlin ist auf hohem Niveau. Wir sorgen dafür, dass das so bleibt und sichern den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Prävention für alle. Die Menschen in unserer Stadt sind auf funktionierende kommunale Kliniken angewiesen, deshalb investieren wir massiv in unsere Krankenhäuser.



- Wir haben die Investitionsquote des Landes in der **Krankenhausversorgung** auf den Bundesdurchschnitt angehoben. Die auf Grundlage des Haushalts verfügbaren Krankenhausinvestitionsmittel steigen von 109 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 140 Millionen Euro im Jahr 2018 und auf 160 Millionen im Jahr 2019.
- Wir richten eine Clearingstelle sowie einen Fonds für Behandlungskosten für **Menschen ohne Krankenversicherung** ein, der anonyme Krankenschein wird eingeführt.
- Mit verschiedenen Projekten beugen wir riskantem Drogenkonsum und Abhängigkeit vor. Die **Fachstelle für Suchtprävention** erhält jährlich zusätzlich 330.000 Euro. Außerdem fördern wir Drug-Checking und die Weiterentwicklung von Drogenkonsumräumen, um die Begleitrisiken von Drogenkonsum zu vermindern.
- Jetzt neu: Mit **Babylotsen** an allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser bieten wir Familien Unterstützung und Hilfe, um Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen.
- Es wird ein Konzept für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur **kontrollierten Abgabe von Cannabis** an Erwachsene erarbeitet.
- Das **Integrierte Gesundheitsprogramm** sichert Angebote von mehr als 100 Projekten im Bereich Gesundheitsförderung, Versorgung und Prävention langfristig ab. Wir haben es um 1,2 Millionen Euro jährlich verstärkt unter anderem für die Nachsorge bei Frühgeborenen und für Suizidprävention.
- Der Bereich **HIV-Prävention und -Therapie** wird deutlich gestärkt. Finanziert wird unter anderem ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP), mit dem Neuinfektionen verhindert werden sollen. Zusätzliche Mittel fließen für die Einrichtung eines Checkpoints sowie für Testing und PrEP-Beratung.

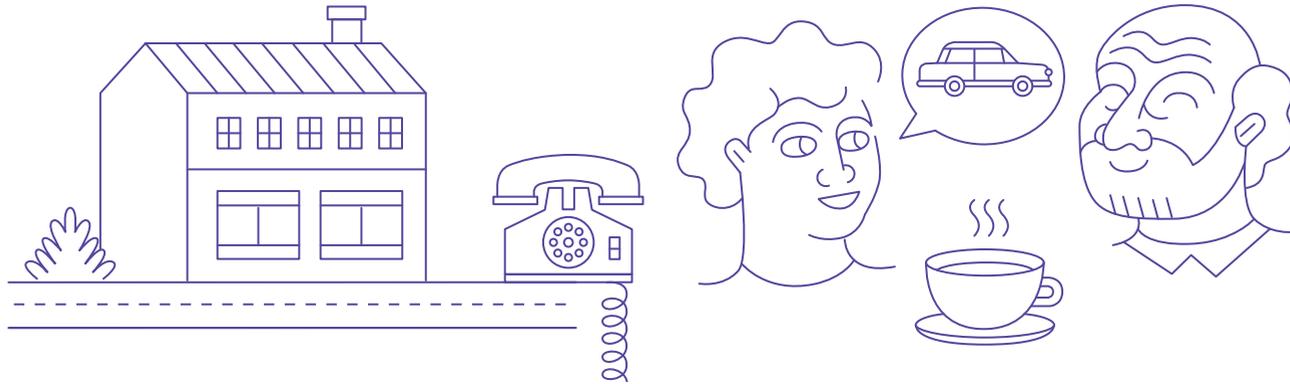
300 Millionen Euro Krankenhausinvestitionsmittel
1,2 Millionen Euro jährlich für das Integrierte Gesundheitsprogramm
30 zusätzliche Frauenhausplätze

- Wir bauen die **Beratungs- und Unterstützungsangebote** für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen aus. Die 36 Berliner Pflegestützpunkte wurden gestärkt, um effektiv über die Versorgungsstruktur informieren zu können. Ein Schwerpunkt liegt auch bei der kultursensiblen Pflege.
- Wir stärken **Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen** und schaffen unter anderem 30 zusätzliche Frauenhausplätze. Das Unterstützungssystem bei häuslicher Gewalt an Frauen wird so ausgestattet, dass psychisch besonders belastete, kranke, suchtmittelabhängige oder von sexualisierter Gewalt betroffene behinderte Frauen besser betreut werden können.
- Wir entwickeln die Initiative Sexuelle Vielfalt weiter. Mit der Einrichtung der Fachstelle zur **Beratung von inter- und transgeschlechtlichen Menschen** sind wir bundesweit Vorreiter. Unterstützt wird auch die Opferhilfe und Gewaltprävention für lesbische Frauen.
- Im Bundesrat haben wir **Initiativen zur Stärkung der Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** durch erste Schritte in Richtung Bürgerversicherung und zum Krankenversicherungsschutz für Solo-Selbständige ergriffen.



MEHR SOZIALER ZUSAMMENHALT

Sozialer Zusammenhalt ist für uns ein Auftrag.
Wir unterstützen Menschen in besonderen sozialen
Lagen bedarfsgerecht und erweitern die Beratungs-
und Hilfsangebote.



- Wir haben den Preis für das **Sozialticket** für die öffentlichen Verkehrsmittel auf 27,50 Euro im Monat gesenkt. Künftig können es auch Menschen, die Wohngeld beziehen, und Bürgerinnen und Bürger mit DDR-Opferrente erhalten. Auch das Schülerticket, das Azubi-Ticket und das Job-Ticket sollen preiswerter werden.
- Wir erweitern den Kreis der Anspruchsberechtigten für den **berlinpass** um die Wohngeldempfängerinnen und -empfänger. Sie erhalten vergünstigten Eintritt bei Kultur-, Bildungs-, Sport- und Freizeitangeboten. Künftig sollen auch Tierpark und Zoo ermäßigten Eintritt für berlinpass-Berechtigte anbieten.
- Wir stärken die **Obdachlosenhilfe**. Die Kältehilfe wird auf die Monate Oktober und April ausgedehnt mit jeweils 500 zusätzlichen Plätzen. Außerdem werden Modellprojekte zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit finanziert und die Mittel für die Bahnhofsmission aufgestockt. Es gibt jetzt auch spezielle Angebote für obdachlose Frauen.
- Bei der **bezirklichen Schuldner- und Insolvenzberatung** wollen wir neben der tariflichen Anpassung des Personals insbesondere die Beratungsangebote ausbauen und damit die Wartezeiten reduzieren. Dafür stellen wir zusätzlich 2,3 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.
- Mit einer **unabhängigen Energieschuldenberatung** reagieren wir auf den besorgniserregenden Anstieg der Stromsperrungen.
- Wir stärken die Bezirke, damit in jedem Bezirk verlässlich eine **unabhängige Sozialberatung** für Hilfesuchende angeboten wird. Dafür haben wir den Bezirken insgesamt bis zu 1,2 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt.
- Wir haben die Anschubfinanzierung für das **Inklusionstaxi** mit 1,5 Millionen Euro im Doppelhaushalt gesichert. Das Projekt soll Menschen im Rollstuhl ermöglichen, spontan ein barrierefreies Taxi zu bestellen, und damit ihre individuelle Mobilität und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben stärken.

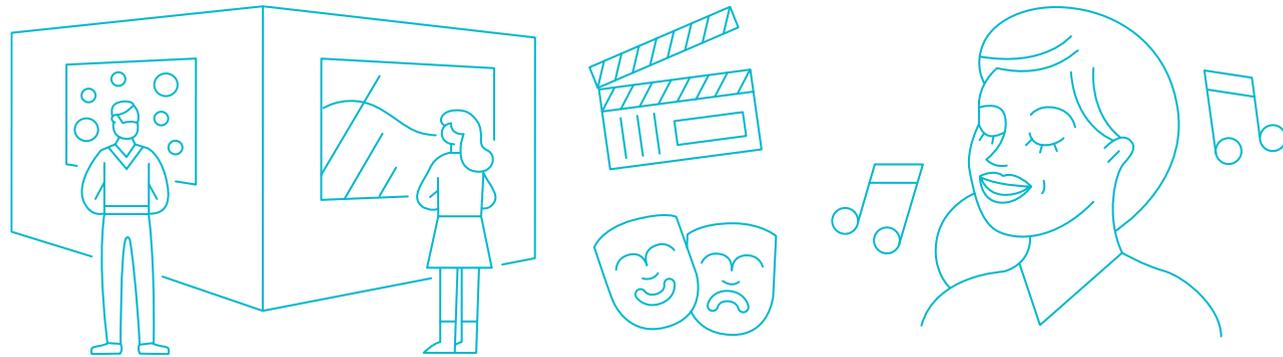
27,50 Euro kostet das Sozialticket jetzt nur noch im Monat
1,5 Millionen Euro für das Inklusionstaxi
1,2 Millionen Euro pro Jahr für die unabhängige Sozialberatung

- Wir wollen ermöglichen, dass alle **Wahlen in Berlin bis 2019 barrierefrei** sind. Der Antrag der Koalitionsfraktionen dazu ist im Sozialausschuss fraktionsübergreifend beschlossen worden. Dabei geht es um den barrierefreien Zugang zu allen Wahllokalen, die Bereitstellung von Hilfsschablonen für blinde und sehbehinderte Menschen und Informationen zur Wahl in leicht verständlicher Sprache.
- Über das **Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren** ist die finanzielle Grundsicherung von mehr als 50 Berliner Nachbarschaftszentren, Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstellen, Seniorenprojekten und weiteren überregional wirkenden Projekten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfe und zur Stärkung des interkulturellen Miteinanders bis Ende 2020 garantiert.
- Das Programm der **Stadtteilmütter und Integrationslotsen** wird ausgebaut und erhält 2,5 Millionen Euro zusätzlich. Als Sprach- und Kulturmittler erfüllen sie eine wichtige Aufgabe für den sozialen Zusammenhalt.
- Berlin kümmert sich um **Geflüchtete**, die bei uns Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen. Wir sorgen für die Unterbringung und dafür, dass die Kinder Kitas und Schulen besuchen können, betreuen unbegleitete Minderjährige, organisieren medizinische Versorgung und verstärken Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Integration in den Arbeitsmarkt.
- Der **Masterplan Integration** wird verstetigt und die Beratungs- und Integrationsangebote werden um rund 18 Millionen Euro pro Jahr ausgebaut.



VIELFÄLTIGE KULTUR

Die Vielfalt und Qualität des Berliner Kulturangebots ist herausragend. Unsere Stadt ist ein Magnet für Kunstschaffende, Kreative und Kulturbegeisterte aus dem In- und Ausland. Damit das so bleibt, fördern wir alle künstlerischen Sparten bedarfsgerecht.



- Wir haben den Kulturretat kontinuierlich aufgestockt. **700 Millionen Euro für Bühne und Tanz, Museen und Gedenkstätten, Chöre und Orchester, Literatur und Bibliotheken** gibt Berlin 2018 aus. Wir gehören zu den Bundesländern, die die meisten Kulturmittel pro Jahr bereitstellen (180 Euro pro Einwohner im Jahr 2016).
- Wir fördern ein breites Spektrum von über **70 Institutionen**, um die überall viel beachtete künstlerische Arbeit der Berliner Kulturorte zu erhalten. Das zeitgenössische Theater Hebbel am Ufer, die Neuköllner Oper oder die Akademie für Alte Musik gehören zu den vielen Einrichtungen, deren Zuschüsse wir erhöht haben.
- Im neuen **Hauptstadtfinanzierungsvertrag** haben wir vereinbart, dass sich der Bund mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 10 Millionen Euro an der Finanzierung der Stiftung Oper in Berlin und mit 7,5 Millionen Euro an der Finanzierung der bisher allein vom Land Berlin getragenen Stiftung Berliner Philharmoniker beteiligt. Zudem stellt der Bund im Rahmen des Hauptstadt Kulturfonds jährliche Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro zur Förderung kultureller Projekte bereit.
- Als **Initiative gegen prekäre Arbeit im Kulturbereich** haben wir die Arbeitsbedingungen in der Berliner Kulturlandschaft erheblich verbessert. Mit 11 Millionen Euro für 2018 und 18 Millionen Euro ab 2019 statten wir kulturelle Einrichtungen mit zusätzlichen Mitteln für das Personal aus. So haben wir sichergestellt, dass die Häuser Tariferhöhungen nicht aus ihren künstlerischen Etats finanzieren müssen.
- Für uns spielt die **Förderung der Kinder- und Jugendtheater** eine besondere Rolle. Sie sind ein wichtiger Ort für die kulturelle Bildung der Kinder. Wir haben zusätzlich einen Fonds in Höhe von 500.000 Euro ab 2018 eingerichtet, mit dem wir die Theater schnell und bedarfsgerecht unterstützen.
- Wir wollen allen Berlinerinnen und Berlinern Zugang zur Vielfalt der Kulturmetropole ermöglichen und haben uns für die Mittelaufstockung des Netzwerks **Berlin Mondiale** eingesetzt, das künstlerische Projekte und Projekte der kulturellen Begegnung mit Geflüchteten realisiert.

700 Millionen Euro für Bühne, Tanz, Museen, Gedenkstätten, Chöre, Orchester, Literatur, Bibliotheken

500.000 Euro zusätzlich im neuen Fonds zur Förderung von Kinder- und Jugendtheatern

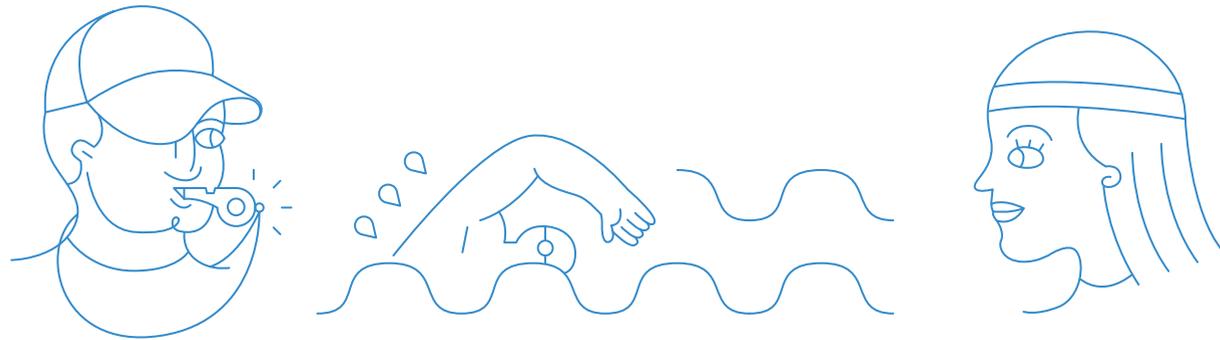
250.000 Euro mehr für das Medienboard

- Wir haben die **Förderung der Literatur** ausgebaut und die Aufnahme des Literaturhauses Lettrétage, einer Ankerinstitution der Berliner Literaturszene, in die Strukturförderung durchgesetzt. Für die **Chorförderung** haben wir die Zuschüsse auf über 1,3 Millionen Euro ab 2018 erhöht.
- Die wachsende Stadt Berlin braucht auch **Raum für künstlerische Arbeit**. Wir engagieren uns seit Jahrzehnten für günstige Ateliers und Arbeitsräume. Im Koalitionsvertrag wurde das Ziel festgelegt, 2000 neue Arbeitsräume bereitzustellen. Neben Zuwendungen ist die Liegenschaftspolitik mit der Festlegung von Nutzungskriterien für freie Flächen ein wichtiges Instrument.
- Wir unterstützen **ehrenamtliches Engagement** im Bereich der Erinnerungskultur. Zum Europäischen Kulturerbejahr ECHY schaffen wir einen Fördertopf für ehrenamtliche Aktivitäten von Geschichts- und Heimatvereinen.
- Die **jährlich über 300 Filmproduktionen** für Kino und Fernsehen, international ausgezeichnete Großproduktionen und zahlreiche Festivals belegen, dass Berlin der Filmstandort Nummer 1 in Deutschland ist. Mit dem **Medienboard Berlin-Brandenburg** fördern wir Kino auf programmatisch höchstem Niveau. Die Zuschüsse haben wir um 250.000 Euro ab 2018 aufgestockt.



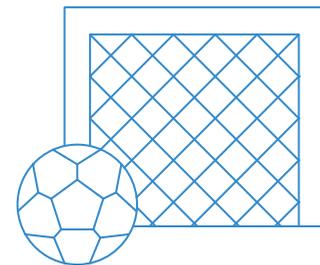
BREITES SPORTANGEBOT

Berlin ist eine Stadt des Sports. In rund 2400 Vereinen und Verbänden sind über 630.000 Berlinerinnen und Berliner organisiert. Wir fördern gleichberechtigt Breitensport und Leistungssport.



- Insgesamt stellen wir ab 2018 rund **4,3 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den Landessportbund** bereit, die in unterschiedliche Programme für Sporttreibende fließen. Wir haben auch die finanzielle Unterstützung für die mehr als 4600 Übungsleiterinnen und Übungsleiter kontinuierlich verbessert. Mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 200.000 Euro werden ihre Aufwandsentschädigungen ab 2018 auf insgesamt 2,5 Millionen Euro erhöht.
- Mit der Profilquote Sport unterstützt das Land Berlin Sportlerinnen und Sportler bei der Aufnahme eines Studiums. Nun wollen wir zusätzlich die Möglichkeit schaffen, dass Leistungssporttreibende parallel zu ihrer sportlichen Karriere eine **berufliche Ausbildung** absolvieren können.

- Mit dem **Gesamtkonzept Schulschwimmen** soll in der vorschulischen Bildungsarbeit und in der Schule die Nichtschwimmerquote mit obligatorischen Angeboten für alle Kinder weiter abgesenkt werden.
- Für den Erhalt und Ausbau von Sportflächen wurde 2016 das **Sportanlagenanierungsprogramm** beschlossen, dessen Budget in Höhe von 18 Millionen Euro jährlich auch für die Zukunft fortgeschrieben worden ist.

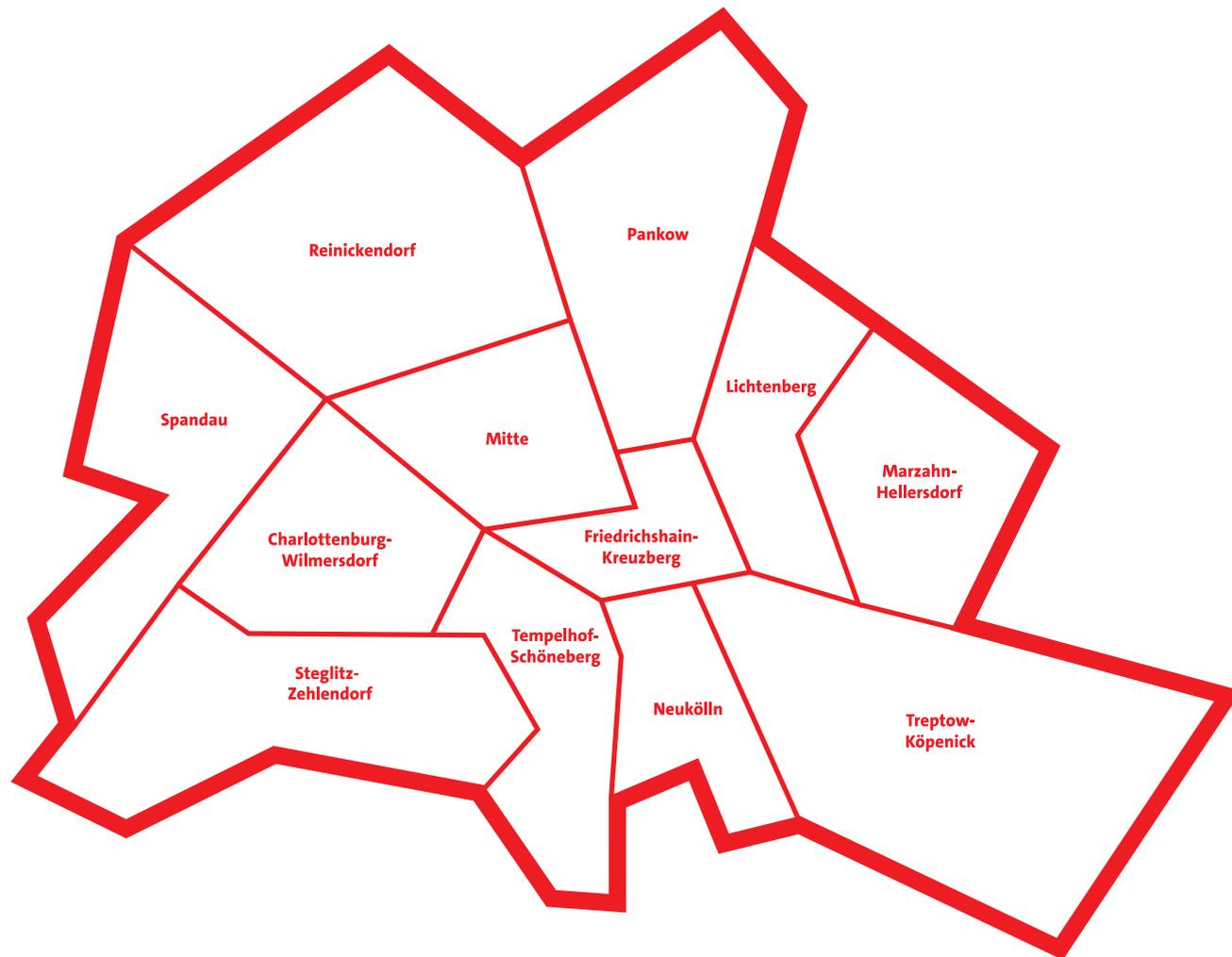


18 Millionen Euro jährlich für das Sportanlagenanierungsprogramm
4,3 Millionen Euro zusätzlich für den Landessportbund
250.000 Euro mehr für den Paralympischen Sport

- Wir haben das **Bäderkonzept** an aktuelle Entwicklungen angepasst, indem wir die öffentliche Daseinsvorsorge zum Leitbild des Bäderkonzepts erklärt haben. Wir wollen verlässlichere und bedarfsgerechtere Öffnungszeiten und ein faires und soziales Eintrittspreissystem. Zudem soll ein Sanierungsplan für alle Bäderstandorte erarbeitet werden, der auch einen Zeit- und Finanzierungsplan beinhaltet.
- Wir haben die Mittel für den **Paralympischen Sport** um 250.000 Euro verstärkt. So können Behindertensportlerinnen und -sportler an nationalen und internationalen Wettkämpfen teilnehmen.
- Wir fördern Austauschfahrten und **Jugendbegegnungen im Sport** und stellen dafür Mittel in Höhe von über 140.000 Euro bereit.



38 für Berlin: Die Abgeordneten der SPD-Fraktion



Charlottenburg-Wilmersdorf

Franziska Becker
Florian Dörstelmann
Frank Jahnke
Ülker Radziwill
Frédéric Verrycken

Friedrichshain-Kreuzberg

Sven Heinemann
Dr. Susanne Kitschun

Lichtenberg

Andreas Geisel
Karin Halsch

Marzahn-Hellersdorf

Sven Kohlmeier
Iris Spranger

Mitte

Thomas Isenberg
Dr. Maja Lasić
Ralf Wieland
Bruni Wildenhein-Lauterbach

Neukölln

Derya Çağlar
Karin Korte
Joschka Langenbrinck

Pankow

Dennis Buchner
Torsten Hofer
Torsten Schneider
Tino Schopf
Dr. Clara West

Reinickendorf

Bettina König
Jörg Stroedter

Spandau

Daniel Buchholz
Bettina Domer
Raed Saleh

Steglitz-Zehlendorf

Dr. Ina Czyborra
Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Andreas Kugler

Tempelhof-Schöneberg

Dilek Kolat
Melanie Kühnemann
Michael Müller
Frank Zimmermann

Treptow-Köpenick

Lars Düsterhöft
Robert Schaddach
Tom Schreiber